

Deutschland rüstet auf: Eine Million Schutzplätze für alle Bürger!

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland plant den Ausbau von Schutzräumen auf eine Million Plätze bis 2025, um bei Krisen besser gerüstet zu sein.



Nachrichten AG

Bielefeld, Deutschland - In Deutschland plant der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Ralph Tiesler, den raschen Ausbau von Schutzräumen. Diese Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund wachsender Sorgen über mögliche Angriffe Russlands auf NATO-Gebiet. Tiesler äußerte sich diesbezüglich in der „Süddeutschen Zeitung“ und betonte, dass sich die Wahrnehmung von Krieg in Deutschland signifikant geändert hat. Die expliziten Pläne sehen die Schaffung von einer Million Schutzplätzen vor, die sowohl Übernachtungsmöglichkeiten bieten als auch mit Nahrung, Toiletten und möglicherweise Feldbetten ausgestattet sein sollen. Eine App sowie Schilder sollen zur Kennzeichnung der Schutzräume eingesetzt werden, um die Bevölkerung auf diese

Einrichtungen hinzuweisen. Ein umfassendes Konzept soll im Sommer 2025 vorgestellt werden.

Die Umsetzung der Pläne stellt jedoch eine große Herausforderung dar, da der Bau neuer Bunkieranlagen sowohl kostspielig als auch zeitaufwendig ist. Um diese Hürden zu überwinden, wird auf bestehende Infrastrukturen zurückgegriffen. Tunnel, U-Bahnhöfe, Tiefgaragen und Keller öffentlicher Gebäude sollen zu Schutzräumen umgebaut werden. Aktuell existieren in Deutschland noch 579 öffentliche Schutzräume mit insgesamt 477.593 Schutzplätzen, die jedoch nur eingeschränkt nutzbar sind. In den alten Bundesländern gab es früher rund 2000 solcher Anlagen, von denen viele aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs stammen. Diese Schutzräume unterliegen laut Paragraph 7 des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes einem baulichen Veränderungsverbot.

Bisherige Schutzvorkehrungen und ihre Grenzen

In den letzten Jahren hat sich die Sicherheitslage in Deutschland erheblich verändert. Der russische Angriff auf die Ukraine und die Flutkatastrophe im Westen Deutschlands im Juli 2021, bei der mehr als 180 Menschen starben, zeigten auf alarmierende Art und Weise, dass Deutschland unzureichend auf Notfälle vorbereitet ist. Der Bund hat daraufhin Mittel für die Erneuerung und den Ausbau von Sirenen bereitgestellt. Schätzungen zufolge gibt es derzeit in Deutschland etwa 15.000 Sirenen, was von Experten jedoch als unzureichend erachtet wird. Für eine Stadt wie Stuttgart wären im Kriegsfall mindestens 500 Sirenen erforderlich.

Zusätzlich wird eine neue Warn-SMS entwickelt, die sowohl Personen mit Smartphones als auch mit älteren Handys erreichen soll. Diese Technologie basiert auf Cell-Broadcast, die in vielen Ländern bereits genutzt wird. Das Bundesministerium des Innern hat zudem die Inventur der vorhandenen Bunker

angeordnet, um deren Einsatzfähigkeit zu überprüfen, da deren Zustand bislang unklar ist. Eine medizinische Reserve wird eingerichtet, um Medikamente und Schutzmasken für etwa einen Monat Bedarf zu lagern.

In Anbetracht der möglichen Gefahren hat Tiesler auch die Bürger dazu aufgerufen, private Vorräte an haltbaren Lebensmitteln und Trinkwasser anzulegen. Die aktuelle Lebensmittelreserve Deutschlands reicht nicht aus, um 83 Millionen Menschen über mehrere Monate zu versorgen. Stattdessen ist sie regional aufgeteilt und vorrangig für einige Tage gedacht. Unternehmen sollen in den Katastrophenschutz einbezogen werden, um im Ernstfall schnell produzieren zu können. Die kommenden Jahre werden entscheidend sein, wenn es darum geht, die Zivilschutzmaßnahmen in Deutschland zu reformieren und für die Bevölkerung neue Standards zu schaffen.

Bund und Länder müssen nun an einem Strang ziehen, um die vorgesehenen Ausgaben für den Zivilschutz zu stemmen. Die geplanten Investitionen belaufen sich auf mindestens 10 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren und mindestens 30 Milliarden Euro in der nächsten Dekade. Die zunehmende Bedrohungslage fordert ein Umdenken in der Gesellschaft und beim Staat. Alle Beteiligten sind gefordert, damit die sicherheitsrelevanten Maßnahmen endlich ein angemessenes Niveau erreichen können.

FAZ berichtet, dass ...

BBK informiert über ...

Deutschlandfunk gibt Hinweise zu ...

Details	
Vorfall	Notfall
Ursache	Wachsende Sorgen über mögliche Angriffe Russlands auf NATO-Gebiet
Ort	Bielefeld, Deutschland

Details	
Quellen	• www.faz.net • www.bbk.bund.de • www.deutschlandfunknova.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net